

«Bei kritischen Fragen braucht es immer jemand, der sich vorwagt»

Die FDP-Sicherheitspolitikerin Maja Riniker will einen Teil der stillgelegten Leopard-Panzer verkaufen

Frau Riniker, weshalb wollen Sie die stillgelegten Schweizer Leopard-Panzer für einen Ringtausch freigeben?

Zuerst: Es geht explizit nicht um einen Ringtausch. Ein Ringtausch setzt die Abhängigkeit von einem zweiten Geschäft voraus. Meine Forderung bezieht sich lediglich auf einige der 96 Panzer 87, die stillgelegt sind und gegenwärtig nicht mehr gebraucht werden: Sie können noch einmal eine Sicherheitswirkung entfalten – und zwar nicht in einer Halle irgendwo in der Schweiz, sondern dort, wo sie gebraucht werden.

Konkret?

In Ländern, die gegenüber Russland besonders exponiert sind und ihre Panzerbestände durch Weitergaben an die Ukraine reduziert haben. Wenn beispielsweise Polen oder Finnland die Leopard-Panzer aus der Schweiz wieder flottmachen und die entstandenen Lücken schliessen, wird die Sicherheit Europas insgesamt gestärkt.

Sie reden also explizit nicht von einem Ringtausch. Was fordern Sie mit Ihrem Vorstoss dann?

Die Schweiz hat nach dem Kalten Krieg laufend Panzer ins Ausland verkauft: nach Kanada oder an die Industrie in Deutschland. Die verbleibenden Panzer könnten exponierten Ländern angeboten werden, falls sie von der Schweizer Armee nicht mehr benötigt werden. Es ist mir allerdings klar, dass

«Angesichts des Ukraine-Krieges müssen wir die Frage beantworten, ob die Armee vielleicht neben einem Ausbau der Cyberabwehr schwerere Systeme benötigt.»

die Bedürfnisse der Schweiz an erster Stelle stehen.

Aber Sie wollen die Panzer verkaufen. Die Sicherheit der Schweiz hängt auch von der konventionellen Disposition, also dem Abrufen von militärischen Aktionen, der Frontstaaten



«Das Risiko für die Schweiz sinkt, wenn Russland durch die Ukraine in die Schranken gewiesen wird», sagt Maja Riniker. KARIN HOFER / NZZ

gegen Russland ab. Wenn diese Länder – mit Ausnahme von Finnland alles Nato-Mitglieder – ihre Verteidigungsfähigkeit glaubhaft demonstrieren können, sinkt das Risiko für eine Ausweitung des Krieges. Noch weiter sinkt das Risiko für die Schweiz, wenn der Aggressor Russland durch die Ukraine in seine Schranken gewiesen wird. Praktisch der ganze Westen leert seine Waffenarsenale und unterstützt die Ukraine. Ob das blosses Solidarität ist?

Sie brechen aber ein Tabu.

Wenn ich als Sicherheitspolitikerin Verantwortung für die Sicherheit der Schweiz trage, dann hört die Sicherheit nicht an der Grenze der Schweiz auf, sonst müssten wir auch keine Diplomatie betreiben und Entwicklungshilfe leisten.

Wie bringen Sie Ihren Vorstoss mit der Neutralität zusammen?

Es ist ein einseitiges Angebot und deshalb neutralitätskonform. Die Ausgestaltung der Kaufverträge muss sicher-

stellen, dass das Kriegsmaterialgesetz und damit das Neutralitätsrecht gewahrt bleiben.

Weshalb fordern Sie nicht, dass die Schweiz ihre Neutralität im Ukraine-Konflikt aufgeben soll?

Ich erhalte zwei Arten von Reaktionen: Solche, die sich mit der Thematik kritisch auseinandersetzen und im Grundtenor positiv sind. Sowie andere, die die stillgelegten Leopard-Panzer unbedingt behalten wollen und sich praktisch unisono im Tonfall mir gegenüber massiv vergreifen. Das sagt doch einiges aus über die Möglichkeit, eine solche Debatte zu führen. Die Neutralität hingegen gegenüber einem Land aufzugeben, kann ich nicht unterstützen.

Die Schweiz betrachtet ihre Neutralität nicht nur als «dauernd», sondern auch als «bewaffnet». Die Armee ist heute allerdings nicht mehr in der Lage, das Land autonom zu verteidigen. Weshalb fordern Sie nicht die Reaktivierung und Modernisierung der Leopard-Panzer für die Schweizer Armee?

Ich bin für die Modernisierung unserer Armee und damit auch der schweren Mittel. Ich habe die Erhöhung des Militärbudgets im Jahr 2022 massgeblich unterstützt sowie mich stark für die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges F-35 engagiert. Mit meinem Vorstoss will ich auch nicht, dass alle stillgelegten Leopard-Panzer verkauft werden: Wenn nun die Armeepaner aufgrund des Ukraine-Krieges zu dem Schluss kommen, dass neben einer Kampfwertsteigerung eines Teils der stillgelegten Leopard-Panzer der Ersatz für den Panzer 87 Leopard vorgezogen werden muss, dann unterstütze ich dies als bürgerliche Sicherheitspolitikerin.

Ihre Partei fordert mehr Kooperation mit den militärischen Partnern. Auch dafür braucht die Schweizer Armee mehr Panzer, um einen Beitrag zur Sicherheit Europas leisten zu können...

Ja, die Armee braucht robuste Fähigkeiten für die Landesverteidigung, und dazu gehören mechanisierte Kräfte.

Weshalb haben Sie den Vorstoss nicht mit der Partei abgesprochen?

Bei kritischen Fragen braucht es immer jemand, der sich vorwagt.

Die Offiziersgesellschaft Panzer fordert im «Blick» zusätzliche 70 Kampfpanzer.

Angesichts des Ukraine-Krieges müssen wir die Frage beantworten, ob die Schweizer Armee vielleicht neben einem Ausbau der Cyberabwehr doch schwerere Systeme benötigt. Es steht eine neue Generation von Kampfpanzern vor der Tür, und die Schweiz hat Zeit, diese Analysen und Evaluationen sauber durchzuführen. Andere Länder haben keine Zeit. Und ich vertraue darauf, dass das VBS uns im Parlament die Systeme beantragt, welche die geforderten Fähigkeiten decken.

Eigentlich haben Sie eine Diskussion über die grundsätzliche Ausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik ausgelöst. Wie soll es weitergehen?

Die Diskussion über die grundsätzliche Ausrichtung der Sicherheitspolitik läuft seit dem 24. Februar 2022. Wir haben die Schwelle zu einer Phase der Auseinandersetzung von Wertesystemen bereits überschritten. Und dies betrifft nicht nur die Sicherheitspolitik, sondern auch Wirtschaft, Forschung, Zusammenarbeit und weitere Bereiche. Konkret: Die Ausserdienststellung eines Teils der stillgelegten Panzer 87 Leopard kann mit der Armeebotschaft zusammen behandelt werden. Wir werden sehen, wie es weitergeht.

Interview: Georg Häsler

Die Schweizer Leopard-Panzer

geo. · Die Schweizer Armee beschaffte 1987 380 Leopard-2-Kampfpanzer. Die Mehrheit davon wurde in Lizenz in der Schweiz hergestellt. Nach dem Kalten Krieg wurden die Panzerverbände sukzessive reduziert. Heute betreibt die Armee noch 134 Leopard 2, die einem Werterhaltprogramm unterzogen worden sind. Die übrigen Panzer wurden entweder verkauft oder stillgelegt. Deshalb lagern 96 Leopard 2 in einer Halle der Armee. Sie entsprechen der Version 2A4, könnten aber auf die zweithöchste Ausbaustufe 2A6 kampfwertgesteigert werden.

Wenn der Arzt nur Englisch spricht

Drei von vier neu zugelassenen Mediziner in der Schweiz kommen aus dem Ausland

SIMON HEHLI

Die Krisensignale aus der Medizin häufen sich. Es geht um Hausärzte, die in Pension gehen und keine Nachfolger für ihre Praxen finden. Oder um Spitäler, die aus Mangel an Mediziner und Pflegenden ganze Bettenstationen schliessen müssen und Probleme haben, die Notfallaufnahmen zu betreiben. Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, wie stark die Schweiz schon jetzt vom Ausland abhängig ist. In den zehn Jahren von 2012 bis 2021 schlossen laut dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) knapp 10 000 Personen hierzulande das Medizinstudium ab. Im gleichen Zeitraum anerkannte die Schweiz fast 29 000 Diplome von ausländischen Ärzten, die zum Arbeiten ins Land kamen. Das bedeutet, dass in dieser Zeitspanne drei von vier neuen Ärzten nicht hier ausgebildet wurden. Es ist davon auszugehen, dass ein Grossteil dieser neu anerkannten ausländischen Ärzten in der Schweiz geblieben ist.

Dadurch ist der Ausländeranteil in der Medizin stark angestiegen: Von 25 Prozent im Jahr 2010 auf 38 Prozent im Jahr 2021. Das Schweizer Gesundheitswesen wäre nicht mehr funktionsfähig ohne die 11 000 Ärzte, die aus den Nachbarländern stammen: fast 8000 aus Deutschland, 1400 aus Italien, 1100 aus Frankreich und 900 aus Österreich. Hinzu kommen noch rund 4000 Mediziner aus weiteren Staaten.

Ausbildungsoffensive wirkt

2016 startete der Bund eine Ausbildungsoffensive, die 100 Millionen Franken kostet. Sie zeigt Wirkung. Die Zahl der Abschlüsse stieg deutlich an, auf über 1000 pro Jahr. Das Ziel von 1300 Abgängern liegt in Reichweite. 2021 begannen 1730 junge Leute das Medizinstudium, 650 mehr als noch vor neun Jahren. Doch das ist nicht genug, um die Auslandsabhängigkeit nachhaltig zu reduzieren.

Laut einer Studie dürften im Jahr 2040 in der Schweiz 5500 Ärzte fehlen. Das hat mehrere Gründe. Bald gehen viele Mediziner der Babyboomer-Generation in Pension und hinterlassen eine grosse Lücke. Die Nachwuchskräfte können diese allein schon deshalb nicht füllen, weil sie deutlich weniger Stunden leisten: Die Mehrheit der Absolventen eines Medizinstudiums ist weiblich, und viele Ärztinnen arbeiten Teilzeit. Aber auch immer weniger Männer sind bereit, 60 Stunden in der Praxis zu sein. Gleichzeitig dürfte auch die Nachfrage nach ärztlichen Leistungen steigen. Denn die Bevölkerung wächst generell aufgrund der Zuwanderung. Zudem wird der Anteil alter Menschen immer grösser.

Die Präsidentin der Ärztereinigung FMH, Yvonne Gilli, sagt warnend: «Es ist gefährlich, wenn wir uns darauf verlassen, dass wir einfach Ärztinnen und Ärzte in anderen Staaten rekrutieren können.» Denn alle Nachbarländer hätten mit den gleichen Problemen zu

kämpfen – und würden entsprechend alles daransetzen, den «Braindrain» zu verhindern.

Immer fernere Länder

«Die ausländischen Ärzte kommen ja nicht wegen der Liebe zur Schweiz hierher, sondern weil sie bessere Rahmenbedingungen antreffen, darunter die Verdienstmöglichkeiten», sagt Gilli. Wenn die Herkunftsländer da nachzögen und deshalb die Mediziner nicht mehr in die Schweiz auswanderten oder wegen attraktiver Angebote in die Heimat zurückkehrten, bekäme das Gesundheitswesen gravierendere Probleme. «Wir müssten noch attraktivere Rahmenbedingungen bieten, um in diesem Wettbewerb zu bestehen. Fair ist dieses Abwerben ohnehin nicht.» Deshalb wäre es aus Gillis Sicht sinnvoller und nachhaltiger, die Zahl der jährlichen Studienabschlüsse im Inland auf weit über 1300 zu erhöhen.

Die FMH-Chefin beobachtet auch mit Sorge, dass die Schweiz in immer ferneren Ländern rekrutieren muss. So kommen Ärzte, die keine Landessprache beherrschen. Gilli, die auch als Hausärztin tätig ist, erzählt von einer Patientin, die sie wegen einer Transplantation an eine Uniklinik geschickt habe. «Der Spezialarzt, mit dem sie eine Sprechstunde hatte, konnte nur Englisch.» Noch gravierender seien Verständigungsschwierigkeiten in der Psychiatrie.

Laut Gilli ist die hohe Auslandsabhängigkeit auch problematisch für die medizinische Grundversorgung, also die Haus- und Kindermedizin. Für diese Sparten entscheiden sich konstant etwa 40 Prozent jener Ärzte, die hier studiert haben, was eine gute Zahl ist. Doch die Schweiz bildet nur etwa die Hälfte der neuen Fachärzte selbst weiter. Die andere Hälfte holt sie direkt aus dem Ausland – und darunter sind 70 Prozent Spezialisten. «Dieses Ungleichgewicht verschärft den Mangel in der Hausarztmedizin», sagt Gilli.